



SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Ständerat

4

Die Ständeratswahlen sind Richtungswahlen

Wer nicht in die EU will,



wählt **Adrian Amstutz**

Der Ständerat ist das Haus der Eidgenossen. Er wählt den Bundesrat und den Bundespräsidenten.

Volksrechte

6

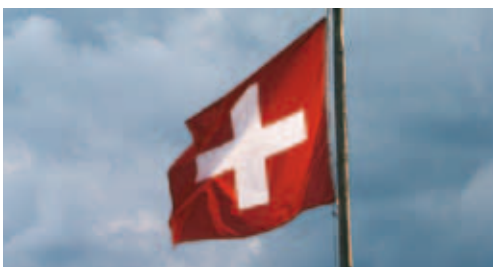
Die Schweizerinnen und Schweizer müssen souverän bleiben



Neutralität

13

Der Neutralität wird schleichend ihre Substanz entzogen



Für Ihre Drucksachen



Zofinger Tagblatt AG

Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch

Keine Wirtschaftsmigranten

Die Wirtschaftsmigration aus Nordafrika nach Europa und in die Schweiz nimmt immer stärker zu. Italien weigert sich dabei, das Dubliner Abkommen korrekt anzuwenden und führt dieses ad absurdum. Mit einer vorläufigen Aufnahme von Wirtschaftsmigranten durch Italien und der damit zusammenhängenden Bewegungsfreiheit im Schengen-Raum wird die Situation vollends eskalieren und es werden völlig falsche Signale nach Nordafrika und zu den Schlepperbanden ausgesendet.

Der Bundesrat soll auf internationaler Bühne konsequent die Interessen der Schweiz verfolgen und vertreten. Die Schweiz muss gegenüber Italien und der EU auf die Einhaltung des Dubliner Abkommens pochen. Für die SVP kommt es nicht in Frage, dass die Schweiz Kontingente von Zuwanderern aus Nordafrika aufnimmt. Das Schengener Abkommen darf nicht von Italien dazu missbraucht werden, Migranten zur Weiterreise in andere europäische Länder zu animieren. Italien muss vielmehr dafür sorgen, dass diese Wirtschaftsmigranten gar nicht erst in Europa landen oder sofort wieder zurückgeschafft werden. Weiter muss die Schweiz endlich alle Vorkehrungen treffen, um im Falle einer weiteren Zunahme von Grenz-

übertritten durch Wirtschaftsmigranten die eigenen Grenzen wieder systematisch kontrollieren zu können, inklusive des Grenzverkehrs von Fahrzeugen und Zügen. Bundesrätin Sommaruga hat die Bewältigung der Flüchtlingskrise an die Hand zu nehmen und nicht durch Neuanstellungen in ihrem Bundesamt zu administrieren. Nur abschreckende Signale, dass die Schweiz rigoros gegen Flüchtlinge aus Italien vorgeht und diese unverzüglich nach Italien zurückschafft, wie dies Frankreich angekündigt hat, helfen. Ebenso hat der Bundesrat auf eine Verteilung der Flüchtlinge auf die Kantone zu verzichten. Alle involvierten Behörden haben nun endlich konsequent die Interessen unseres Landes zu verfolgen.

Forderungen der SVP:

- Systematische Kontrolle der eigenen Grenzen
- Keine Verteilung der Flüchtlinge auf die Kantone
- Rigorose und schnelle Rückschaffung der Flüchtlinge nach Italien



Mehr SVP im Ständerat

Die SVP kämpft für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes und den Schutz der Volksrechte. Der Ständerat war früher stets jene Kammer, die für diese Rechte ohne Wenn und Aber eingestanden ist. Die letzten Jahre zeigen aber ein ganz anderes Bild. Der Ständerat ist linksorientiert, zentralistisch, heimatmüde und europhil geworden. Deshalb hat die SVP beschlossen, zum ersten Mal eine nationale themenorientierte Kampagne für die Ständeratswahlen 2011 zu führen.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in unserem Land haben ein Anrecht zu wissen, für welche Haltungen die Ständeräte eintreten und wie sie tatsächlich abstimmen. Sie erklären immer wieder, sie nähmen nicht die Parteiinteressen wahr, sondern seien Kantonsvertreter. Doch auch da zeigt sich, dass der Ständerat zunehmend zentralistisch und gegen den Föderalismus stimmt, d.h. immer mehr Kompetenzen auf Bundesebene regeln will. Der Ständerat ist geprägt von Interessenvertretern. Aufgrund der mangelnden Transparenz beim Abstimmungsverhalten dringt dies jedoch nicht aus der „Dunkelkammer Ständerat“. Um mehr Licht in diese „Dunkelkammer“ zu bringen, hat die SVP Fraktion in der letzten Session die Offenlegung des Stimmverhaltens im Ständerat verlangt, damit die Bürgerinnen und Bürger sehen, wie sie von ihren Ständeräten in Tat und Wahrheit vertreten werden. Die SVP kämpft vehement für mehr Offenheit

und Transparenz im Ständerat, damit dieser nicht weiter nach links und in Richtung EU rutscht.

Die Wählerinnen und Wähler müssen im Herbst wissen, welchen Ständesvertreter sie nach Bern entsenden wollen. Wollen Sie einen Ständesvertreter, der die Schweiz durch die Hintertüre in die EU führen will oder einen der SVP, für den ein EU-Beitritt nicht in Frage kommt? Wollen Sie einen Ständesvertreter, der sich für eine Verschärfung im Ausländer- und Strafrecht einsetzt oder einen Ständerat, der sich für ein nationales Integrationsgesetz ausspricht, das die Kantone einmal mehr entmachtet, zusätzlich belastet und die Ausländer verhätschelt? Wollen Sie einen Ständerat, der sich ohne Wenn und Aber für die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative – wie von Volk und Ständen beschlossen – einsetzt oder einen Vertreter, der über die Hintertüre dem in allen Kantonen gescheiterten Gegenvorschlag zum Durchbruch verhelfen will?

Das Ziel der SVP ist klar: Mittelfristig will die SVP ihren Kräften entsprechend im Ständerat vertreten sein. Damit dieses Ziel realisiert werden kann, braucht es Transparenz. Um dies zu erreichen, führt die SVP Schweiz eine nationale themenorientierte Ständeratskampagne, denn nicht die Köpfe sind entscheidend, sondern die politischen Haltungen und Positionen. Die Kandidaten der SVP für den Ständerat stehen für eine heimatverbundene

Politik zugunsten der Unabhängigkeit und den Föderalismus der Schweiz ein.

Kantonale Wahlen

Bei den kantonalen Wahlen hat die SVP in allen Kantonen Erfolge erzielt. So konnte sie bei den Landratswahlen im Kanton Basel-Landschaft einen historischen Wahlsieg verbuchen. Erstmals in der Geschichte ist die SVP stärkste Kraft im Baselbieter Landrat. Die SVP konnte bei diesen Wahlen 24 Sitze erlangen (+3 Sitze gegenüber 2007). In Zürich hält die SVP ihren Wähleranteil bei kantonalen Wahlen seit über einem Jahrzehnt stabil bei rund 30 Prozent. Dieselbe Stabilität kann sie auch bei Regierungswahlen vorweisen und ist für die kommende Legislatur wieder mit Ernst Stocker und Markus Kägi in der Zürcher Regierung vertreten. Die SVP gehört ebenfalls zu den Gewinnern in Luzern – sie gewann vier Sitze und erzielte einen Wähleranteil von 22.3% (+3.2%). Sie wird nach der arg gebeutelten CVP die zweitstärkste Kraft im Kanton. Im Tessin verhilft die SVP der Lega zu einem 2. Sitz im Staatsrat und kann ihre 5 Sitze im Kantonsrat verteidigen.

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

Mundart im Kindergarten fördert die Identität

Am 15. Mai stimmt das Zürcher Stimmvolk über die Mundartinitiative ab. Die Mundartsprache soll wieder einen festen Platz im Kindergarten erhalten. Mundart ist fester Bestandteil der Schweizer Kultur und Identität. Die Ausgrenzung der Mundart aus dem Kindergarten hat massive Auswirkungen: Wie sollen unsere Kinder Wurzeln bilden können und sich festigen, wenn ihnen das Erlernen ihrer Muttersprache erschwert wird? Der Mundart ist Sorge zu tragen.



von Kantonsrätin Jacqueline Hofer,
Dübendorf (ZH)

Der Bildungsauftrag der Schule umfasst die Förderung der Ausdrucksfähigkeit in Mundart und Hochdeutsch. Auf Anweisung des Bildungsrates wurde diese Bestimmung im Jahr 2005 ersatzlos aus dem Lehrplan gestrichen. Das Hochdeutsche wurde als Schulsprache kurzerhand um 2 Jahre auf die Kindergartenstufe vorverlegt, mit der Konsequenz, dass im Kindergarten nur noch während einem Drittel der Unterrichtszeit Mundart gesprochen wird. Die Ausgrenzung der Mundart aus dem Kindergarten hat massive Auswirkungen: Wie sollen die Kinder ihre Gefühle und Gedanken weitergeben, wenn sie sich im täglichen Leben nicht ausdrücken können? Wie sollen sie die eigene Muttersprache beherrschen, wenn sie in ihrer sprachlichen Entwicklung behindert statt gefördert werden? Wir wollen, dass unsere Kinder mit den Werten, die wir ihnen als Eltern und Familie weitergeben, aufwachsen. Die ständige Forderung nach Verstaatlichung und Schulversuche, insbesondere der Schulung in einer fremden Sprache im Frühkindesalter, entwurzeln und entfremden unsere Jüngsten. Ziel soll sein, dass unsere Kinder ihre Muttersprache vollständig

erlernen können. Der Kindergarten soll die weitere Festigung des Schweizerdeutschen fördern. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass die erlernte Erstsprache das spätere Erlernen von Fremdsprachen erleichtert. Selbstverständlich wollen wir, dass unsere Kinder die hochdeutsche Sprache gut lernen, deshalb wird ab der Primarstufe der korrekte Gebrauch der Schriftsprache in Wort und Schrift unterrichtet und vermittelt.



Identität und Nationalität

Der Entscheid des Bildungsrates ist hochpolitisch. Italiener sprechen italienisch, Engländer sprechen englisch, Deutsche sprechen Hochdeutsch und Deutschschweizer sprechen Mundart. Auf den ersten Blick ist die Sprache ein geeignetes Mittel zur Festlegung der Nationalität. Identität ist ein Schwerpunkt unserer Persönlichkeit. Gerade die schweizerdeutschen Dialekte und die weiteren Landessprachen sind ein

signifikantes Merkmal der Schweizer zu unserem unabhängigen und neutralen Staat und der direkten Demokratie. Die Sicherung der Landessprachen und Dialekte ist besonders wichtig. Schweizer Bürgerinnen und Bürger sollen sich untereinander verständigen und äussern können.

Die Assimilation an die hochdeutsche Sprache ist eine Zwangsintegration in die Europäische Union. Die Geschichte zeigt, dass ein solcher Mechanismus einzig politisch motiviert ist. Vielmehr ist es wichtig, dass wir auf regionaler Ebene unsere Dialekte fördern. Denn bereits heute wird die demografische Verteilung in der Schweiz durch die Einwanderung und die Personenfreizügigkeit massiv geändert. Als Schweizer sind wir Teil der gesamtschweizerischen Bevölkerung. Wir können unsere Identität nur bewahren, wenn wir an unseren kulturellen Werten, insbesondere an unserer Sprachvielfalt, festhalten.



*Stimmen Sie am
15. Mai im Kan-
ton Zürich der
Volksinitiative „JA
zur Mundart im
Kindergarten“ zu.*

4 Ständerat

JA zur Unabhängigkeit – JA zu mehr SVP im Ständerat

Die Legislatur 2011-2015 wird für unser Land entscheidende Weichenstellungen bringen. Es geht insbesondere um die Frage, ob die Schweiz die eigene Zukunft noch selbst bestimmen kann oder ob sie sich einer Fremdherrschaft unterordnen soll. Nach den Wahlen 2011 werden die EU und die EU-freundliche Classe politique die Schweiz unter Druck setzen, um institutionelle Bindungen mit der EU einzugehen, d.h. automatische Übernahme von EU-Recht durch die Schweiz mit fremden Richtern.

Die SVP kämpft für die Unabhängigkeit und Sicherheit unseres Landes und den Schutz der Volksrechte. Der Ständerat war für viele Jahrzehnte die Kammer, die für diese Rechte ohne Wenn und Aber eingestanden ist. Die letzten Jahre zeigen aber ein ganz anderes Bild. Der Ständerat ist linksorientiert, zentralistisch, heimatmüde und europhil geworden. Deshalb hat die SVP beschlossen, zum ersten Mal eine nationale themenorientierte Kampagne für die Ständerats-

wahlen 2011 zu führen.

Warum braucht es mehr SVP im Ständerat?

Wenn sich die Zusammensetzung im Ständerat in den nächsten Jahren nicht ändert, wird die Schweiz durch die Hintertüre in die EU geführt. Dies gilt es zu verhindern. Die Schweiz soll unabhängig bleiben. Ständeratskandidat und Strategiechef der SVP Christoph Blocher unterstreicht: „Damit steht für die nächste Legislatur der zent-

rale Artikel 2 der Bundesverfassung im Mittelpunkt: Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.“

Die SVP kämpft seit Jahren gegen die aussen- und innenpolitische Unterwanderung der Staatssäulen Unabhängigkeit, Freiheit, Volksrechte (insbesondere auch des Stimmrechtes), der Sicherheit und der Neutralität.

Auszug aus dem Sündenregister des Ständrates:

Ausschaffungsinitiative

2009 weist der Ständerat die Ausschaffungsinitiative an seine staatspolitische Kommission zurück mit dem Auftrag, diese vertieft auf die Völkerrechtskonformität zu prüfen. 2010 beschliesst der Ständerat einen direkten Gegenvorschlag zu erarbeiten, der später vom Volk und allen Ständen klar abgelehnt wird.

Migration

Viele der vom Nationalrat in der ausserordentlichen Session zum Thema Migration (vom 3. März 2010) angenommenen parlamentarischen Vorstösse wurden vom Ständerat abgelehnt und beerdigt.

Sans Papiers (illegale Aufenthalter)

Der Ständerat stimmt dem Recht auf Berufslehre für jugendliche Sans Papiers zu und ist gegen einen Ausschluss der Sans Papiers aus der obligatorischen Krankenkasse. Damit spricht sich die kleine Kammer für die Legalisierung der illegal Anwesenden aus.

Strafrecht

2010 lehnt der Ständerat diverse parlamentarische Vorstösse zur Verschärfung des Strafrechts ab. So hat er sich unter anderem gegen Schnellgerichte, Pädophilenregister und härtere Strafen bei Vergewaltigungen ausgesprochen.

CO₂-Gesetz

Der Ständerat beschliesst als indirekten Gegenentwurf zur Klima-Initiative die Senkung des schweizerischen CO₂-Ausstosses bis 2020 um 20% und zwar ausschliesslich mit Massnahmen im Inland. So soll der Bundesrat nach dem Willen des Ständerates eine CO₂-Abgabe auf Benzin und Diesel einführen dürfen, was den Benzinpreis um 30 Rp./l erhöhen könnte.

Personenfreizügigkeit

Auf Verlangen des Ständerates werden die beiden Vorlagen zur Weiterführung der Personenfreizügigkeit und zur Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien in einem undemokratischen Paket zusammengeführt.

Die SVP erachtet es als vordringliche Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Schweiz weder der EU beitrifft, noch einen dem EWR ähnlichen Kolonialvertrag abschliesst. Dies würde die Schweiz sowohl politisch als auch wirtschaftlich massiv schwächen. Ebenso gilt es, den Föderalismus, die Autonomie der Kantone zu stärken. Es sind alle Kräfte im Kampf für die Unabhängigkeit der Schweiz gefragt: Junge, Alte, Entscheidungsfreudige, Besonnene, neue und erfahrene Kräfte.

Dunkelkammer Ständerat: Wen oder was vertritt der Ständerat eigentlich?

Die Volkswahl im Majorzverfahren hat dazu geführt, dass der Ständerat ein höheres Ansehen und wegen seiner grösseren politischen Homogenität auch einen grösseren Einfluss als der Nationalrat besitzt, insbesondere im Differenzbereinigungsverfahren. Lange galt der Ständerat als die konservative kleine Kammer. Dies hat sich jedoch, wie bereits aufgezeigt wurde, in den vergangenen Jahren gründlich geändert. Es wird oft positiv dargestellt, dass in der „Chambre de réflexion“ nicht die Parteiinteressen im Vordergrund stehen würden. Aber welche Interessen stehen denn im Vordergrund?

Auf einen kurzen Nenner gebracht, könnte man sagen, dass mit durchschnittlich knapp 10 Mandaten pro Kopf im Ständerat die vermeintliche „Chambre de reflexion“ nichts anderes

Fall in einem viel höheren Ausmass als im Nationalrat. Die Zahl der Interessenbindungen pro Parlamentarier ist im Ständerat um fast 40% höher als im Nationalrat. Insbesondere sind bei den Mitteparteien die Interessenbindungen und Mandatskumulierungen deutlich stärker ausgeprägt als beim Durchschnitt der anderen Parteien. Selbst-



Die Referenten an der Pressekonferenz vom 7. April (von links): Ständerat Adrian Amstutz, a. Bundesrat Christoph Blocher (Vizepräsident), Parteipräsident Toni Brunner, Fraktionspräsident Caspar Baader und Vizefraktionspräsident Jean-François Rime. Sie alle stellen sich als Ständeratskandidaten zur Verfügung.

verständlich müsste man diese Analyse vertiefen in Bezug auf die Art der Mandate und Bindungen und trotzdem zeigt sie die Abhängigkeiten des Ständerates von Partikularinteressen. Die SVP hat sich zum Ziel gesetzt, dies zu ändern.

Transparenz über Abstimmungsverhalten ist gefordert

Auch im Ständerat geht es um politische Haltungen und Positionen. Den Wählerinnen und Wählern in der Schweiz ist aufzuzeigen, ob und wie

die von ihnen gewählten Vertreterinnen und Vertreter sich tatsächlich für die Schweiz und die Wählerinteressen einsetzen oder nicht. Auf der vorherigen Seite

derats - ein Sündenregister. Der konservative, sparsame Kurs der kleinen Kammer ist definitiv zum Mythos geworden. Die neue Ausrichtung wird geprägt durch die Mitte-Parteien CVP, FDP, BDP und GLP.

Da das tatsächliche individuelle Stimmverhalten nicht offen gelegt

wird, gibt es für den Ständerat praktisch keine empirischen Untersuchungen zum tatsächlichen Stimmverhalten und dessen Abweichung zur grossen Kammer bzw. zum unterschiedlichen Stimmverhalten innerhalb der Fraktionen im National- und Ständerat. Dies muss sich ändern. Die SVP hat einen entsprechenden Vorstoss zur Offenlegung des Stimmverhaltens im Ständerat eingereicht. Es braucht Transparenz für die Wählerinnen und Wähler, damit diese entscheiden können, wem sie die Stimme geben.

Ziel der SVP

Das Ziel der SVP ist klar: Mittelfristig will die SVP ihren Kräften entsprechend im Ständerat vertreten sein. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es Transparenz in der „Dunkelkammer Ständerat“. Die SVP Schweiz wird eine nationale themenorientierte Ständeratskampagne mit den Köpfen der SVP führen, die eins zu eins die Politik der SVP vertreten.

Total Mandate	Anzahl Ständeräte	Durchschnitt
442	45	9.8

Total Interessenbindungen des Ständerates per 1.1.2011

Total Mandate	Anzahl Nationalräte	Durchschnitt
1425	200	7.1

Total Interessenbindungen des Nationalrates per 1.1.2011

als eine Kammer der Interessenvertreter und Lobbyisten ist. Dies auf jeden

finden Sie eine Liste der europhilen und heimatmüden Politik des Stän-

Gefährdete Demokratie - Das Volk muss souverän bleiben

Neu sollen Volksinitiativen im Vorfeld auf ihre Verträglichkeit mit internationalem Recht geprüft werden. Birgt eine Initiative die Gefahr, mit diesem in Konflikt zu stehen, soll ein Warnhinweis auf den Unterschriftenbögen abgedruckt werden. Damit gefährdet der Bundesrat die direkte Demokratie, denn so erhält er Mittel, unangenehme Themen einfach beiseite zu schieben oder deren Umgang zu beeinflussen. Die SVP steht klar für die Demokratie ein - das Volk muss das letzte Wort haben.



von Nationalrat Jean-Pierre Grin,
Pomy (VD)

Mit seinen Verlautbarungen über die Verträglichkeit von Volksabstimmungen mit international geltendem Recht, gefährdet der Bundesrat unsere direkte Demokratie.

Gemäss unserer Regierung würde eine materielle Vorprüfung der Volksinitia-

tiven nach strengsten Rechtsgültigkeits-Normen dazu beitragen, Konflikte zwischen dem Verfassungsrecht und international geltendem Recht zu vermeiden. Dies die Schlussfolgerung des Zusatzberichts über das Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht, dem der Bundesrat zugestimmt hat. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Lösung hat einzig zum Ziel, die Volksrechte einzuschränken und muss in unserer Demokratie dringend vermieden werden. Sowohl die materielle Vorprüfung als auch die Verschärfung der Rechtsgültigkeits-Normen im Hinblick auf die Verpflichtungen der Schweiz gemäss international geltendem Recht stellen

unzulässige Beeinträchtigungen der demokratischen Rechte dar.

Zwingendes und nicht zwingendes internationales Recht

Es muss unterschieden werden zwischen zwingendem und nicht zwingendem internationalen Recht. Gemäss geltendem Recht kann das Parlament eine Volksinitiative für ungültig erklären, wenn sie zwingendes internationales Recht (z.B. Verbot des Völkermordes, der Folter oder der Sklaverei) verletzt. Die Regierung schlägt nun vor, eine materielle Vorprüfung vorzunehmen, bevor Unterschriften gesammelt werden können. Wenn die Initia-



So sehen bald unsere Volksinitiativen aus!

Wenn eine Initiative nach Ansicht des Bundesrates mit internationalem Recht im Konflikt steht, wird sie mit einem Warnhinweis versehen.

Dies ist Zensur der direkten Demokratie!

tive das Risiko birgt, mit irgendeinem internationalen Abkommen oder einer Verfügung aus dem nicht zwingenden internationalen Recht im Konflikt zu stehen, soll auf den Unterschriftenbögen ein „Warnhinweis“ aufgedruckt werden.

Einschränkung der demokratischen Rechte

Die tatsächliche Absicht des Bundesrates ist es allerdings, sich selbst und dem Parlament die Mittel in die Hand zu geben, unangenehme Themen beiseite zu schieben. Oder man will die Art und Weise, wie mit ihnen umgegangen wird, beeinflussen. Das ist das eigentliche Ziel dieses Vorschlags zur Einschränkung der demokratischen Rechte.

Parallel dazu verlangt die Regierung eine massive Ausweitung der Gründe, die eine Ungültigkeitserklärung einer Volksinitiative ermöglichen. So

könnte das Parlament eine Volksinitiative für ungültig erklären, wenn sie gegen „grundrechtliche Kerngehalte“ verstösst. Gemäss Bundesrat soll diese Massnahme bewirken, dass „Unvereinbarkeiten zwischen Volksinitiativen und internationalem Recht“ vermieden werden“. Was unsere Regierung nicht begriffen hat: Volksinitiativen sind ja gerade dazu da, die Bundesverfassung abzuändern!

In Tat und Wahrheit öffnen die Vorschläge des Bundesrates der Willkür Tür und Tor. Bundesrat und Parlament würde die Möglichkeit gegeben, Initiativen, die nicht ins Konzept passen, nach Gutdünken und unter Berufung auf absichtlich vage gehaltene internationale Vereinbarungen für ungültig zu erklären. Dieses Vorgehen ist nichts anderes als ein Frontalangriff auf die Volksrechte und eine massive Einschränkung der Demokratie. Es ist

zumindest fragwürdig, dass das demokratische Recht, das die Volksinitiative darstellt, von unserer Regierung unter Berufung auf die sakrosankten, zwingenden Regeln des internationalen Rechts in Frage gestellt wird, eines internationalen Rechts notabene, das von bestimmten Ländern permanent und in unzulässiger Art und Weise mit Füssen getreten wird.

In unserem Land ist das Volk der Souverän, das Initiativrecht ist ein Grundrecht, das unangetastet bleiben muss, dafür steht die SVP ohne Wenn und Aber ein.

Wir müssen die vom Bundesrat gemachten Vorschläge bekämpfen, indem wir uns kompromisslos für die Volksrechte und die direkte Demokratie einsetzen. In einer direkten Demokratie ist es immer das Volk, welches das letzte Wort hat – und das soll auch so bleiben.

5. SVP-Grümpelturnier

**Samstag, 16. Juli 2011, ab 10.00 Uhr,
Reitplatz, Winterthur Töss**

Grosses SVP-Grümpi mit Festwirtschaft, Pokalen, guten Preisen, Plausch, Musik und vielem mehr!

Kategorien (es gibt keine Altersbeschränkung):

- **Plausch Sie und Er** (6 Spieler, davon mindestens 2 Damen)
- **Männer** (6 Spieler)

Auch Einzelspieler sind willkommen, nach Möglichkeit wird ein Team zusammengestellt

Teilnahmegebühr: Fr. 50.- pro Team, Anmeldungen ab sofort im Internet über www.svp.ch oder per E-Mail imobersteg@svp.ch.

Auskünfte erteilt Ariane Imoerberg (Tel. 031 300 58 58).

Anmeldeschluss: 2. Juli 2011

8 Kantonale Wahlen

Erfolgreiche Wahlbilanz der Kantone

Mit den Wahlen vom vergangenen Wochenende in den Kantonen Luzern und Tessin ging für die SVP ein erfolgreicher Wahlfrühling zu Ende. Auch die Gesamtbilanz der Wahlen in der laufenden Legislatur fällt positiv aus. Die SVP hat bei 16 kantonalen Wahlen Wähleranteile und/oder Mandate zugelegt und in 7 Kantonen Verluste verzeichnet. Die SVP hat als einzige der vier grossen Parteien die Sitzzahl in den kantonalen Parlamenten, trotz Verkleinerungen der Parlamente um insgesamt 180 Sitze, halten können.



von Martin Baltisser, Generalsekretär SVP Schweiz

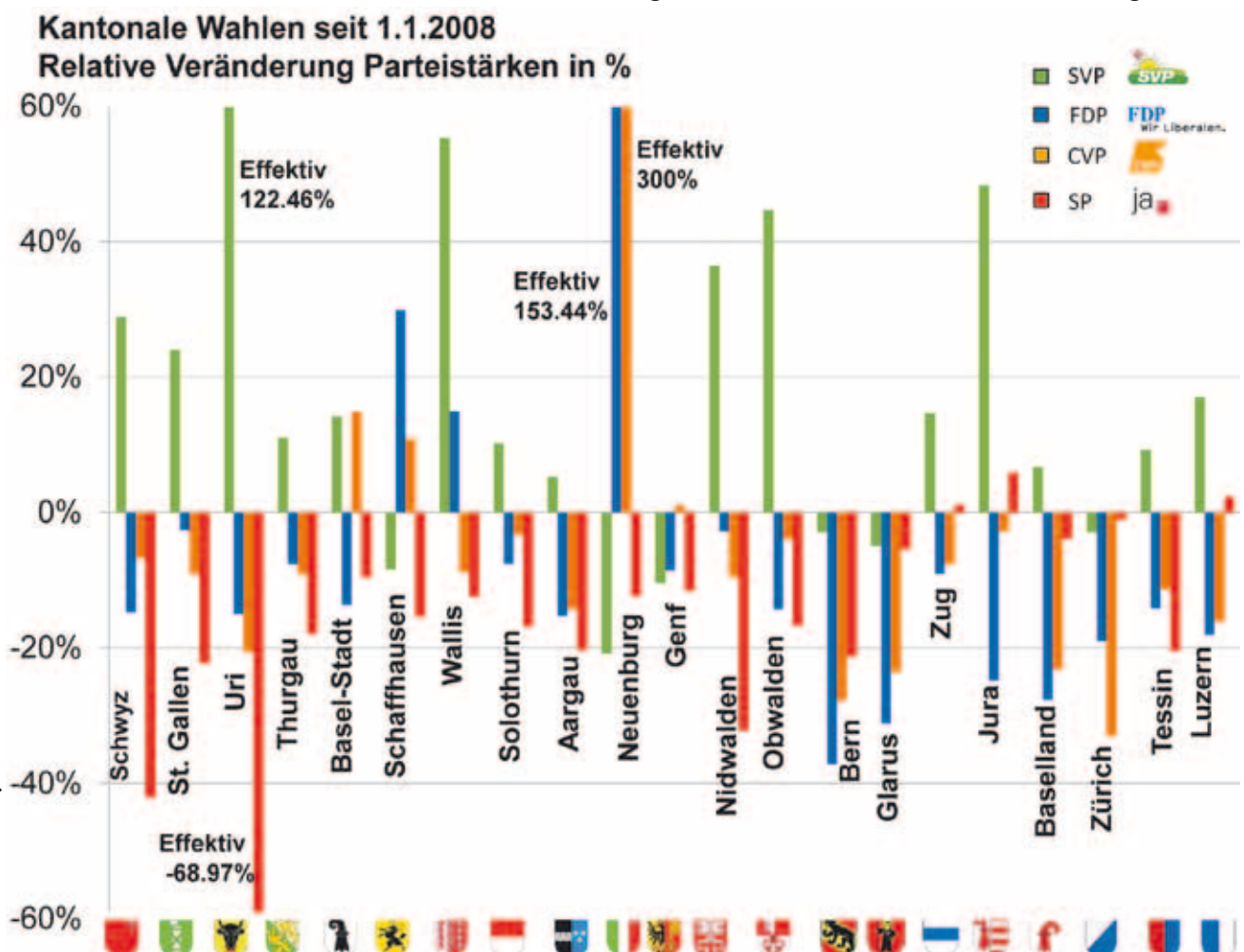
Begonnen hat der Wahlfrühling 2011 mit dem Gewinn des Ständeratsmandats im Kanton

Bern durch Adrian Amstutz. Es folgten Gewinne bei den Kommunalwahlen in der Romandie und zusätzliche Sitze in den kantonalen Parlamenten von Baselland und Luzern. Die erfreulichen Resultate in Appenzell Ausserrhoden und im Kanton Tessin sowie die Konsolidierung auf hohem Niveau in Zürich runden das positive Gesamtbild ab. Die SVP ist im Hinblick auf die Wahlen im Herbst auf Kurs.

Luzern legt zu
Am 10. April 2011 konnte

in Luzern ein weiterer Meilenstein im Aufbau der SVP gesetzt werden. Knapp 19 Jahre nach der Gründung der Kantonalpartei wurde die SVP erstmals zweitstärkste Kraft im Kanton. Mit einem Wähleranteil von 22,3 Prozent (+3,3%) und 27 Sitzen (+4) im Parlament konnte die Position gegenüber den Wahlen vor vier Jahren deutlich ausgebaut werden. Dies, nachdem die Umfragen vor den Wahlen keinen Zuwachs vorausgesehen

hatten. Die SVP Luzern erntet damit die Erfolge einer kontinuierlichen und konsequenten Politik, die sich auf der Linie der SVP Schweiz bewegt. Auch in diesem Wahlkampf für die Gross- und Regierungsratswahlen wurde stark auf Themen wie Sicherheit, Ausländerpolitik und den Erhalt der Schweizer Werte gesetzt. Die SVP verfügt in diesen Themen über einen grossen Leistungsausweis und damit über eine hohe Glaubwürdigkeit bei



Die Grafik zeigt die Veränderung der Parteistärken bei den kantonalen Wahlen seit dem Jahr 2008. Die SVP konnte als einzige Partei vielerorts den Wähleranteil (teils erheblich) steigern.

den Wählerinnen und Wählern.

Kontinuierlicher Aufbau im Kanton Tessin

Im Kanton Tessin hat die SVP eine markante Wahlkampagne geführt, die sogar in der Deutschschweiz wahrgenommen wurde. Die SVP Tessin konzentrierte sich dabei konsequent auf die Themen, welche die Bevölkerung im Tessin am meisten beschäftigen: die hohe Ausländerkriminalität als Folge von Schengen, die grossen Probleme mit dem steigenden Zustrom von Grenzgängern und die italienischen Angriffe auf den Finanzplatz und Wirtschaftsstandort Tessin. Die SVP Tessin konnte mit diesen Themen, trotz starker Konkurrenz durch die Lega, ihren Wähleranteil ausbauen (+0,5%). In dieser Wahl hat man zudem bewusst auf eine eigene Kandidatur für den Regierungsrat verzichtet, um der Lega einen zweiten Sitz in der Tessiner Regierung zu ermöglichen. Auch diese Strategie ist aufgegangen.

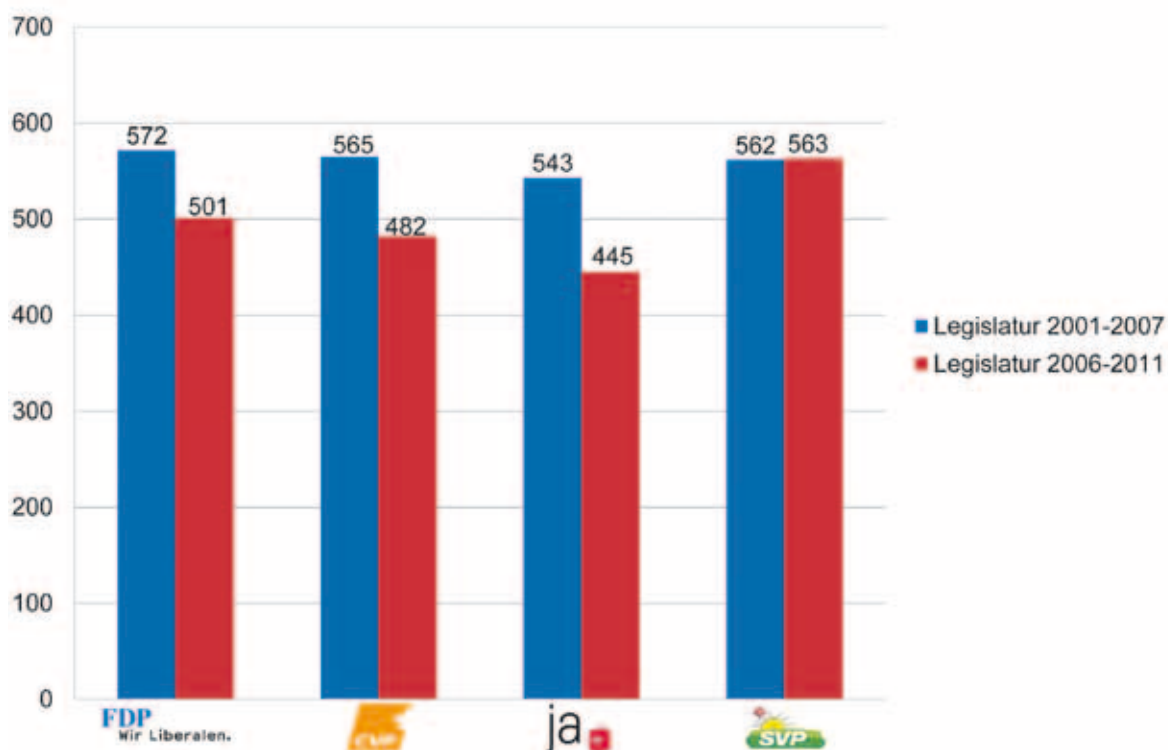
Gesamthaft auf Kurs

Die Graphik veranschaulicht, wie die SVP als einzige der grossen Parteien bei 16 kantonalen Wahlen Wähleranteile hinzugewinnen konnte. Hingegen verlieren sowohl die SP als auch die FDP 19 der 23 Wahlgänge und die CVP verliert in 18 kantonalen Wahlen Wähleranteile. Die Graphik veranschaulicht den relativen Verlust bzw. Gewinn an Wähleranteilen der vier grossen Parteien. Rechnungsbeispiel: Die SVP hat beispielsweise im Kanton Luzern von 19% Wähleranteil auf 22.3% im Jahr 2011 zugelegt. Dies entspricht + 3.3% in absoluten Zahlen oder einem Gewinn von Wähleranteilen von +17% in relativen Zahlen. Die

Kantone Appenzell-Ausserrhodens und Graubünden sind wegen den Majorzwahlen nicht in der Graphik enthalten. Insgesamt hat die SVP in der zu Ende gehenden Legislatur bei den kantonalen Wahlen +1 Sitz in den kantonalen Parlamenten zulegen können. Dies trotz Verkleinerung der Parlamente in den Kantonen St. Gallen, Freiburg, Waadt, Basel-Stadt, Schaffhausen und Glarus um insgesamt 180 Sitze (insgesamt gibt es noch 2082 kantonale Parlamentssitze) und dem Verlust von 53 Mandaten bei den Abspaltungen in den

Wo die SVP bereits seit langem auf einem hohen Wähleranteil angelangt ist, konnten die Ergebnisse konsolidiert werden. In der Westschweiz und im Tessin stimmt der positive Trend. Die Wahlen in den letzten Monaten haben aber auch zwei Dinge deutlich gemacht: Erstens kann die SVP mit ihrer klaren und konsequenten Politik selbst in einem schwierigen Umfeld und mit grossem medialen Gegenwind erfolgreich bestehen. Zweitens machen die Resultate deutlich, dass der Erfolg nicht einfach in den Schoss

Veränderung Anzahl Sitze in den kantonalen Parlamenten



Zuwachs und Verlust der Sitze in den kantonalen Parlamenten im Vergleich zu früheren Wahlen.

Kantonen Bern, Glarus und Graubünden. Damit ist die SVP mit 563 kantonalen Parlamentssitzen zur stärksten Kraft avanciert. Die FDP hat 71 Sitze verloren und hat neu noch 501 Sitze, die CVP verliert gar 83 Sitze und hat neu noch 482 und die SP verliert 98 Sitze und hat neu noch 445 Sitze. Die Wahlresultate in diesem Frühjahr zeigen, dass die SVP im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen im Herbst auf Kurs ist. Wo Ausbaupotential bestand, konnte dieses genutzt werden.

fällt. In allen Kantonen waren grosse Anstrengungen und ein ausserordentlicher Einsatz notwendig, um die entsprechenden Resultate zu erzielen.

Für die nationalen Wahlen im Herbst 2011 bedeutet dies, dass die SVP ihre politischen Lösungsansätze (z.B. in der Ausländer- und Europapolitik) weiter konsequent verfolgen muss, und dass der Wahlkampf noch näher und aktiver als bisher bei den Bürgerinnen und Bürgern zu führen ist.

Die Schweiz in die EU treiben - nicht mit der SVP

Die widersprüchlichen Aussagen des Bundesrates zu allfälligen Verhandlungen über ein Paket „Bilaterale III“ verlangen nach einer raschen Klärung. Ebenso ist das immer noch hängige EU-Beitrittsge-such in Brüssel endlich zurückzuziehen. Für die SVP ist klar, dass Parteien, die einen Rückzug des Gesuchs ablehnen, einen EU-Beitritt der Schweiz wollen. Die Delegierten haben am 26. März einstimmig eine Resolution zur Europapolitik zuhanden von Bundespräsidentin Calmy-Rey verabschiedet.



Ein Marktstand der SVP. Dieser kann beim Generalsekretariat für Anlässe in den Kantonen bestellt werden.



Auch Zottel besuchte die Delegiertenversammlung. Er reiste mit seinem Besitzer Nationalrat Ernst Schibli an.



Christoph Blocher, Nadja Pieren und Yvan Perrin (von links) auf dem Podium.



Auch Bundesrat Ueli Maurer reiste nach Lugano.

Resolution der SVP: Die Interessen der Schweiz wahren!

Die Gestaltung der künftigen Aussenpolitik ist von herausragender Bedeutung für Unabhängigkeit, Freiheit und Wohlstand unserer Schweiz. Die Delegiertenversammlung der SVP fordert den Bundesrat und insbesondere Bundespräsidentin und Aussenministerin Calmy-Rey auf:

- das hängige EU-Beitrittsge such endlich zurückzuziehen
- der EU mitzuteilen, dass die Schweiz die Souveränität wahren will und deshalb keine institutionelle Bindungen eingeht und auch keine fremden Richter anerkennt
- der Übernahme von EU-Recht Einhalt zu gebieten
- die konkreten Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf die Wirtschaft, Mieten, Bodenpreise, Raumplanung und Infrastrukturen, die Schulen, die Arbeitslosigkeit, das Gesundheitswesen und die Sozialwerke offenzulegen.
- kein internationales Abkommen abzuschliessen, bei welchem die negativen Punkte für unser Land überwiegen
- einem Gesamtpaket Bilaterale III eine klare Absage zu erteilen
- keine neuen Zusagen für direkte oder indirekte Zahlungen an die EU (Kohäsionszahlungen, IWF-Kredite, etc.) zu machen
- die Neutralität ist zu wahren.

Die Delegierten haben die Resolution einstimmig angenommen.



Toni Brunner hat an der Delegiertenversammlung die Schweizer-Brille für Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey präsentiert. Diese Brille wurde ihr überreicht, damit sie bei ihren politischen Entscheidungen die Interessen der Schweizerinnen und Schweizer vor Augen hat.

12 Inserate



SVP-HIT

1 Gutschein pro Zimmer / egal wieviel Nächte!

***Hotel-Restaurant
Alpenblick
Fieschertal

- Übernachtung im Standard DZ
 - mit Frühstücksbuffet
 - Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

Fr. 60.-

Fr. 50.-

 (Nebensaison)

Jetzt buchen, Skivergnügen in der ALETSCHEARENA

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel. 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - info@hotelalpenblick.ch



Best Western Swiss Hotels

Alpen Resort Hotel

in Zermatt

Neu in Zermatt: "Longstay"
 Nach 14 Tagen erhalten Sie 33% Reduktion bei unseren Studios.

Erleben Sie Wellness mit Schwimmbad (30 Grad), Solebad (33 Grad) sowie 2 Tennisplätze inkl. Alpenresort Hotel

Mehr Infos: www.alpenresort.com
 Tel. 027/ 966'30'00



Impressum

Auflage:	60 000 Exemplare
Herausgeberin:	Stiftung SVP-Patezeitung
Erscheinungsweise:	12x/Jahr
Mitarbeiter:	Michèle Berger, Kevin Grangier
Adresse:	SVP-Klartext, Postfach 8252 3001 Bern - klartext@svp.ch
Druck:	Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20 4800 Zofingen - www.ztonline.ch
Abonnement:	Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch
Inserate:	Michèle Berger - klartext@svp.ch

Segelspass mit Lerneffekt

segeln-navigator.ch



SIROX

Wasser • Wärme • Gesundheit

Seit Jahren bekannt für physikalisch induktive
Kalk- und Rostschutztechnik

Sirox Cleantech GmbH Tel. 056 427 20 14
www.wassertrinker.ch info@sirox.ch

Studienreise der SVP Frauen Schweiz Besuch der UNO New York

Wir wollen die UNO, insbesondere die Arbeit der ständigen Schweizer Mission sowie unser Generalkonsulat in New York, näher kennen lernen.

In einem ganztägigen Besuch treffen wir die verschiedenen Vertreter und erfahren mehr über ihre Aufgabe und Tätigkeit. Der Besuch wird abgerundet mit einem Rundgang durch das UNO-Gebäude.

Weiter besuchen wir das Christmas Spectacular in der Radio City Music Hall.

Übernachtung: 4-Sterne Hotel Hemsley. Pauschalpreis ab Zürich: Fr. 2290 Basis Doppelzimmer / Fr. 2985 Basis Einzelzimmer. Teilnehmerzahl max. 30 Personen.

Begleitet wird die Reise von der Präsidentin der SVP Frauen Schweiz Rita Gygax und von Nationalrat Dr. Ulrich Schlüer, Mitglied der Aussenpolitischen Kommission.

Bitte verlangen Sie das ausführliche Reiseprogramm mit dem definitiven Anmeldetalon per Mail bei: ritagygax@hotmail.com oder Rita Gygax, Kappelenring 30a, 3032 Hinterkappelen

Wer einen Spezialisten sucht für ...

- eingeschränkte Revisionen
- IKS, FRM und Risikobeurteilungen
- massgeschneiderte Finanzberichterstattung
- Buchführung und Controlling
- Nachfolgeplanung und Unternehmensfortführung

ruft uns an!

CZ REVISIONS AG

Alpenstrasse 15, 6304 Zug, www.czrevision.ch
 Tel. 041 728 82 43, Fax 041 728 82 46



Dataform AG Formulardruckerei

Wir drucken für Sie:

ESR-Formulare

Formulare mit Karten

Zürcherstrasse 36 8604 Volketswil
 Tel. 044 947 50 20 info@dataform.ch

GOAL GLOSSAR

Klarheit

Klarheit
 abgeleitet von klar; <lat.> clarus –
 «klar, glänzend, hell»

Damit eine Kampagne erfolgreich sein kann, muss sie eine klare Aussage haben. Denn nur so lassen sich die Wählerinnen und Wähler überzeugen, motivieren und gewinnen. Und nur so winkt am Ende ein «glänzender» Abschluss.

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Wir freuen uns auf Sie!
 Alexander Segert, Geschäftsführer
 8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

Die Neutralität gehört in die Bundesverfassung

Die immerwährende bewaffnete Neutralität der Schweiz ist im Volk tief verankert. Dies belegen regelmässige Umfragen. Trotzdem ist höchste Wachsamkeit nötig. Einige Exponenten aus Wissenschaft und Kunst versuchen seit Jahrzehnten, die Neutralität als unmoralisches Verhalten darzustellen. Diese Kritiker haben bis jetzt bei der Neutralitätsabschaffung wenig ausgerichtet. Gefährlicher ist die permanente Aushöhlung des Kerninhalts der Neutralität durch die politischen Behörden.



von Nationalrat Pirmin Schwander,
Lachen (SZ)

Ähnlich wie die Politik des schleichenden EU-Beitritts wird der Neutralität schleichend ihre Substanz entzogen. Der Bundesrat reduziert die Neutralität auf die Erfüllung der völkerrechtlichen Pflichten eines neutralen Staates (u.a. keinen Krieg führen). Aus diesem Grund vertritt das Eidgenössische Auswärtiges Departement EDA die Ansicht: „Die Neutralität ist grundsätzlich weder ein Hindernis zur Teilnahme an wirtschaftlichen Sanktionen noch zur Mitgliedschaft in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen (UNO) oder der Europäischen Union (EU). Sogar ein militärischer Einsatz bei Friedensoperationen, der durch die UNO oder die Konfliktparteien autorisiert wurde, ist mit der Neutralität vereinbar.“ (Quelle: eda.admin.ch).

Die Neutralitätspolitik wird vorsätzlich vernachlässigt. Gerade dies bedroht die Glaubwürdigkeit der immerwährenden bewaffneten Neutralität. Denn die Neutralitätspolitik zeigt, mit welcher Zuverlässigkeit die Schweiz gegenüber allen Staaten ihre Aufgaben wahrnehmen will. In unserer Bundes-

verfassung finden wir keine Definition der Neutralität. Die Artikel 173 und 185 weisen lediglich die Behörden an, die Neutralität zu wahren.

Realitätsverlust

Der Uno-Sicherheitsrat hat die „Völkergemeinschaft“ ermächtigt, alle nötigen Massnahmen zu ergreifen, um Zivilisten in Libyen, die von Gaddafi angegriffen werden, zu schützen. Die

Bodentruppen im Einsatz seien. Dient das dem Schutz der Zivilbevölkerung? Ist das kein Krieg? Keine Parteinahme? Der Bundesrat erlaubt die Durchfahrt von britischen Militärfahrzeugen und den Überflug ausländischer Kampfflugzeuge. Und das sei mit der Neutralität vereinbar, weil zehn Staaten im Uno-Sicherheitsrat beschlossenen haben, humanitär zu sein.



Quelle: Schweizerzeit, Nr. 24, 19. Oktober 2001

Uno-Resolution Nr. 1973 sagt, jedes militärische Eingreifen müsse dem Schutz von Zivilisten dienen. In der Zwischenzeit lässt auch das neutrale (!) Schweden seine Kampfflugzeuge mitfliegen. Derweil erklärte Frau Bundesrätin Calmy-Rey: „Ich würde das nicht als Krieg bezeichnen.“ Da stellt sich natürlich die Frage, was Krieg für unsere Landesregierung bedeutet: eine humanitäre Waffenschau? Da tobt ein Bürgerkrieg, dank Uno-Bomben rücken Rebellen gegen Gaddafi vor. Es werden Zivilisten getötet, Regierungseinrichtungen und Infrastruktur zerstört. Bereits wird zugegeben, dass

Verankerung in der Bundesverfassung

Es ist höchste Zeit, die Neutralität in der Bundesverfassung inhaltlich zu verankern. Die AUNS hat diese Forderung kürzlich gestellt. Dies ist umso dringender, weil behauptet wird, eine EU-Mitgliedschaft sei mit der Neutralität vereinbar. Wer die Diskussion in Österreich verfolgt, wird zugeben müssen, eine ehrliche Neutra-

lität hat in der EU keinen Platz. Wer eine gemeinsame Sicherheits-, Verteidigungs-, Handels- und Visapolitik (Schengen!) übernehmen muss, wird von Dritten nicht mehr als Neutraler identifiziert.

Die Schweiz hat eine andere Rolle zu übernehmen. Sie hat sich der humanitären Hilfe – ohne Kriegseinsatz – und einer aktiven Friedensdiplomatie auf der Grundlage einer gelebten Neutralität zu verpflichten. **Deshalb ist der EU-Beitritt kompromisslos abzulehnen und die Neutralitätserklärung gegenüber der Uno muss neu und präzise erfolgen.**

14 Referendum Buchpreisbindung

Nein zu staatlich diktierten Buchpreisen!

Nach zähem Ringen um die Wiedereinführung der Buchpreisbindung setzten sich die Bürokraten und die Lobbyisten durch. Das Parlament hat gegen den Willen der SVP-Fraktion das Gesetz über die Buchpreisbindung angenommen. Dadurch wird die früher im Buchhandel übliche und vom Bundesgericht untersagte Preisabsprache gesetzlich verankert. Die Wiedereinführung dieses Preiskartells führt zu einem staatlich verordneten Preisdiktat. Wer dabei verliert, ist klar: die Leserschaft, das Volk.



von Nationalrat Lukas Reimann,
Wil (SG)

Dieser ordnungspolitische Sündenfall bedeutet die Ausschaltung des Wettbewerbs, um Konsumenten zu schröpfen. In der Schweiz angebotene Bücher werden dadurch zwingend massiv teurer als im Ausland gekaufte Werke! Es ist klar, wer verliert: die Leserschaft, das Volk.

Die Sozialisten im Parlament präsentieren eine Vorlage, welche nicht nur die Preise für die ordentlichen Buchhändler staatlich diktieren will. **Noch absurder ist, dass sogar die Preise im Internethandel mit diesem Gesetz staatlich gesteuert werden sollen.** Die Schweizer Bürokraten wollen also allen Buchhändlern der Welt verordnen, zu welchen Preisen sie Bücher in die Schweiz liefern dürfen. Solche Gesetze sind schlicht nicht umsetzbar. Soll etwa am Zoll mit Tausenden von Beamten jedes Paket geöffnet und überprüft werden? Die Konsequenz ist absehbar: Es werden vermehrt Bücher im grenznahen Ausland gekauft oder in digitaler Form heruntergeladen. Verlierer sind Schweizer Onlinehändler, die im Gegensatz zur ausländischen Konkurrenz das Gesetz nicht unterlaufen können.

Durch den Preiszwang ist zu befürch-

ten, dass kleine und mittlere Buchhandlungen nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Deshalb widersetzen sich innovative Buchhändler einer Preisbindung. Profiteure sind ausländische Grossverlage, die den Schweizer Markt schon heute beherrschen und kein Interesse haben, Schweizer Bücher oder einheimische Autorinnen und Autoren zu fördern.

Vor vier Jahren schaffte die Schweiz nach rund zehnjähriger (!) Debatte die

profitierten. Das wiederum kurbelte den Büchermarkt an. Die Angebote stiegen, die Anzahl Bestellungen und Leser ebenfalls.

Dieses anti-freiheitliche Gesetz muss zwingend mit dem Referendum bekämpft werden. Eine Planwirtschaft, in welcher die Preise staatlich verordnet werden, funktionierte noch nie. Schon bald werden die nächsten Branchen kommen. Ich höre sie schon. „Auch die Musik ist ein beson-

ders schützenswertes Produkt, deshalb brauchen wir Einheitspreise.“ Geschützt wird mit staatlichen Regulationen aber weder ein Gut noch der Konsument, sondern einzig und alleine die Abzockerei. Künstlich überteuerte Bücher: Das schadet allen Gütern, allen Autoren und Produzenten, allen Kunden. Das schadet der Schweiz. Etwas mehr lesen wür-



Buchpreisbindung ab. Von Seite der Regulatoren und Bürokraten wurde behauptet, damit würden Vielfalt verloren gehen und kleine Buchhändler in den Ruin getrieben. Das Gegenteil ist passiert! Noch nie zuvor gab es ein derart breites Angebot an Büchern und Literatur. Die innovativen Buchhändler behaupten sich mit Erfolg. Dank der Abschaffung der Preisbindung passierte insbesondere eines: Die Preise für Bücher sanken. Die Leserschaft, die Konsumenten und die Autoren

de den Befürwortern dieser Vorlage wohl auch gut tun. Wie wärs mit dem Klassiker „Das Schwarzbuch des Kommunismus“? *Das geht jetzt noch ganz ungestört von staatlichen Preisschnüfflern, Bürokraten und Abzockern. Das Referendum wird dafür sorgen, dass dies so bleibt.* Jede Unterschrift zählt!

Referendum unterschreiben:
www.buchpreisbindung-nein.ch



Präventionsgesetz = Umerziehungsgesetz

Der Bundesrat schlägt ein neues Präventionsgesetz vor, mit dem eine flächendeckende Gesundheitsprävention betrieben werden soll. Der Gesetzesentwurf ist von einem äusserst staatsinterventionistischen Geist geprägt und strebt eine regelrechte Umerziehung der Bevölkerung an. Staatliche Prävention ist nicht per se schlecht, was jedoch der Bundesrat mit seinem Entwurf will, muss aus Sicht der SVP verhindert werden. Eine flächendeckende staatliche Intervention ist abzulehnen.



von Nationalrat Sebastian Frehner,
Basel (BS)

Fühlen Sie sich heute etwas unwohl? Oder hatten Sie heute Morgen nicht Lust aufzustehen? Achtung: Sie sind krank! Gemäss Gesetzesentwurf zum neu zu schaffenden Präventionsgesetz (PrävG) Artikel 3 ist eine Krankheit jegliche „Beeinträchtigung der körperlichen oder psychischen Gesundheit“. Sie sehen also: Sie sind krank!

Eine andere Frage: Rauchen Sie? Oder konsumieren Sie Alkohol? Ist ihr Body-Mass-Index zu hoch? Essen Sie zu wenig Früchte und Gemüse? Oder hatten Sie gar schon ungeschützten Geschlechtsverkehr? Kein Wunder, dass Sie krank sind! Gemäss Botschaft des Bundesrats (Bundesblatt [BBl] 2009, Seite 7080) sind dies alles Faktoren, die dazu geeignet sind, Krankheiten zu verursachen. Und wenn nur Sie sich nicht vernünftig verhalten würden, dann ging das ja noch. Das Problem ist aber, es gibt in der Schweiz viele, die so unvernünftig sind und deshalb krank werden. Wenn Sie nicht gesund leben und deshalb krank sind, schädigen sie damit die Volkswirtschaft (vgl. BBl 2009, Seite 7176)! Und selbst, falls sie einen völlig untadeligen Lebenswandel

führen, kann es sein, dass Sie einem erhöhten Krankheitsrisiko ausgesetzt sind: Falls Sie nicht über einen hohen sozialen Status verfügen, ist die Chance sehr gross, dass Sie nicht bei guter Gesundheit bleiben. Gemäss Bundesrat stehen die „Chancen für ein langes und gesundes Leben (...) nicht für alle gleich gut. Wissenschaftliche Studien belegen, dass auch in der Schweiz Per-



sonen mit einem niedrigen sozialen Status (d.h. niedrige Bildung, niedriger beruflicher Status und/oder tiefes Einkommen) kränker sind und früher sterben als Personen mit einem höheren sozialen Status (BBl 2009, Seite 7128)“. Sie sehen also: Falls Sie nicht Akademiker sind und über 150'000 Franken verdienen, ist eine Krankheit schon fast vorprogrammiert!

Und deshalb schlägt der Bundesrat auch das neue Präventionsgesetz vor. Es sind lauter gute Sachen, die der Bundesrat vorschlägt: Er legt periodisch nationale Ziele und eine Strategie für Prävention, Gesundheits-

förderung und Früherkennung fest (Art. 4 f. PrävG). Das Bundesamt für Gesundheit erarbeitet Programme, die Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz informiert, macht Empfehlungen zu präventiven und gesundheitsfördernden Massnahmen und unterstützt die Kantone, um die angestrebten Ziele zu erreichen (vgl. Artikel 6 ff. PrävG). Die Kantone führen die notwendigen Massnahmen an der Bevölkerung durch und sorgen damit für eine „Reduktion gesundheitlicher Ungleichheiten“ sowie eine Verbesserung von Gesundheitskompetenz und Gesundheitsverhalten (Artikel 2 und 11 PrävG). Das bedeutet, Sie trinken dann keinen Alkohol mehr, sind nicht mehr dick, essen genügend Vitamine und haben nie mehr ungeschützten Sex. Und vor allem sind Sie dann nicht mehr krank. Ist doch super oder?

Wenn man den eben praktizierten Zynismus weg lässt und den Gesetzesentwurf nüchtern betrachtet, kommt man zum folgenden Schluss: **Niemand hat etwas gegen eine vernünftige staatliche Prävention (z.B. für den Jugendschutz). Was aber der Bundesrat mit seinem Entwurf bezwecken will, muss unbedingt verhindert werden.** Er strebt eine flächendeckende staatliche Intervention auf dem Gebiet der Gesundheitsprävention an, die der Umerziehung der Bevölkerung dient. Es handelt sich zudem um den Versuch, die Kompetenzen des Bundesamts für Gesundheit weiter auszubauen. Das muss dringend unterbunden werden.

NEW SUZUKI KIZASHI: KOMPAKTE EXKLUSIVITÄT BEREITS FÜR Fr. 37 990.-

mit Leasing



KIZASHI SPORT
ZUM EINFÜHRUNGSPREIS
VON NUR Fr. 37 990.-



KIZASHI 4 x 4
BEREITS FÜR Fr. 39 990.-

Kizashi *SPORT*

www.kizashi.ch

Entdecken Sie Luxus, Dynamik und High-Tech in sportlich-attraktivem Design. Das Sportfahrwerk des New Kizashi Sport garantiert Fahrspass pur. Und der intelligente i-AWD Allradantrieb des New Kizashi 4 x 4 macht Ihnen alle Wege frei. Mehr erfahren Sie auf einer Probefahrt bei Ihrer Suzuki Vertretung.

Exklusive Top-Ausstattung Kizashi Sport und 4 x 4

2.4-l-VVT-Benzinmotor, 178 PS, 230 Nm bei 4 000 U/min, 7 Airbags, ESP, ABS mit EBD, elektrisches Panorama-Glashebeschiebedach, 2-Zonen-Klimaautomatik, Lederinterieur, Xenon-Scheinwerfer, Parksensoren, 18"-Leichtmetallfelgen, Zentralverriegelung mit Fernbedienung, Soundsystem mit Lenkradbedienung, elektrische Fensterheber, Multifunktionsdisplay, 10-fach elektrisch verstellbarer Fahrersitz mit Memoryfunktion, Scheibenwischer mit Regensensor und vieles mehr.



www.suzuki.ch

Ihre Suzuki-Vertretung unterbreitet Ihnen gerne ein auf Ihre Wünsche und Bedürfnisse abgestimmtes Suzuki-Hit-Leasing-Angebot. Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlungen, inkl. MwSt.

Die kompakte Nr. 1



Way of Life!

Suzuki fahren, Treibstoff sparen. Hauptbild: New Kizashi 2.4 GL Top Sport, 4-türig, Fr. 37 990.-, Treibstoff-Normverbrauch gesamt: 7.9 l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: E, CO₂-Emission gesamt: 183 g/km; New Kizashi 2.4 GL Top 4x4, 4-türig, Fr. 39 990.-, Treibstoff-Normverbrauch gesamt: 8.3 l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: E, CO₂-Emission gesamt: 191 g/km; Durchschnitt aller Neuwagenmarken und -modelle in der Schweiz: 188 g/km. Die Verbrauchsangaben in unseren Verkaufsunterlagen sind europäische Treibstoff-Normverbrauchs-Angaben, die zum Vergleich der Fahrzeuge dienen. In der Praxis können diese je nach Fahrstil, Zuladung, Topografie und Jahreszeit teilweise deutlich abweichen. Wir empfehlen ausserdem den eco-drive-Fahrstil zur Schonung der Ressourcen.